

Lionsclub BergKamen schenkt VeBu zum Geburtstag eine Matschstraße



Besichtigung der neuen Matschstraße (v. l.): Dr. Christian Fastenrath, Horst Gemeinhardt, Reinhard Middendorf.

Ein besonderes Geburtstagsgeschenk bekam der „Verein für Betreuung und Unterstützung von Menschen mit Behinderung und deren Familien“ – kurz VeBU e.V. – zum 20-jährigen Bestehen geschenkt. Der Lionsclub BergKamen war dem Wunsch der betreuten Kinder und ihrer Betreuer nachgekommen und hatte bereits im Frühjahr eine sogenannte „Matschstraße“ auf dem Gelände des Vereins an der Marie-Curie-Straße installieren lassen. Hier können kleine und große Menschen nach Herzenslust mit Wasser und Sand spielen, experimentieren oder einfach nur Spaß haben.

Dass das prima funktioniert, bestätigte jetzt VeBU-Geschäftsführer Horst Gemeinhardt dem Präsidenten des Lionsclubs BergKamen, Dr. Christian Fastenrath, und dem Vorstandsmitglied Reinhard Middendorf, die der VeBU einen Besuch abstatteten, um die Anlage in Augenschein zu nehmen.

VKU beim Warnstreik am Donnerstag erneut betroffen

Für Donnerstag, den 08. Oktober 2020, ruft die Gewerkschaft ver.di die Beschäftigten der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna erneut zu einem ganztägigen Warnstreik auf. Im Kreis Unna müssen Fahrgäste deshalb mit erheblichen Einschränkungen im Linien- und Schülerverkehr der VKU rechnen.

Die VKU erarbeitet derzeit eine Liste aller Fahrten, die trotz des Streiks stattfinden werden. Einzelheiten und Informationen werden so bald wie möglich über die VKU Webseite unter www.vku-online.de bekannt gegeben.

Telefonische Auskunft zum Fahrplan erteilt die kreisweite Servicezentrale fahrtwind unter 0 180 6 / 50 40 30 (personenbediente Fahrplanauskunft, pro Verbindung: Festnetz 20 ct / mobil max. 60 ct).

ver.di ruft auch die VKU am

Donnerstag zum Warnstreik auf

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat die VKU mit den Betriebshöfen Kamen und Lünen sowie die DSW21 in Dortmund und die Stadtwerke Hamm zum Warnstreik aufgerufen.

Bereits am vergangenen Freitag (2. Oktober 2020) hatte die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) angekündigt, dass es in dieser Woche zu weiteren Warnstreiks im öffentlichen Personennahverkehr kommen wird, da die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) weiterhin nicht zu Verhandlungen über einen bundesweiten Tarifvertrag bereit sei.

Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle wies darauf hin, dass ver.di die Streiks frühzeitig ankündige, damit sich die Bürgerinnen und Bürger auf die Situation einstellen und Alternativen organisieren könnten.

Hintergrund sei, dass die Arbeitgeber auch nach dem bundesweiten Warnstreik der ÖPNV-Beschäftigten am 29. September keine Bereitschaft gezeigt hätten, in Verhandlungen über einen bundesweiten Rahmentarifvertrag für die rund 87.000 Beschäftigten im kommunalen Nahverkehr einzutreten. „Die Verweigerung der Arbeitgeber provoziert einen unnötigen Konflikt. Nachdem man den Beschäftigten für ihre Leistungen zu Beginn der Pandemie gedankt hat, will man ihnen jetzt keine Entlastung zugestehen“, so Christine Behle. „Die Belastungsgrenze der Beschäftigten ist überall erreicht, deshalb benötigt der ÖPNV bundeseinheitliche Regelungen. Das nutzt den Beschäftigten und den Fahrgästen, die von einem gut funktionierenden Nahverkehr ebenfalls profitieren.“

Bürgermeister würdigt das Ehrenamt: Silbermedaillen, Ehrennadeln und Ehrenamtskarten verliehen



Ehrung engagierter Bürgerinnen und Bürger 1. Teil.

Bürgermeister Roland Schäfer hat am Freitag wieder engagierte Bürgerinnen und Bürger geehrt, die sich durch ihren besonderen ehrenamtlichen Einsatz um die Stadt Bergkamen verdient gemacht haben. Wieder sind alle Bergkamener Vereine und Organisationen sowie die Ortsvorstehenden angeschrieben worden, Vorschläge zu unterbreiten.

Insgesamt zwei Silbermedaillen, 22 Ehrennadeln sowie 11 Ehrenamtskarten verliehen worden. Diesmal fand diese Ehrung nicht im Veranstaltungsraum der Bayer AG statt, sondern wegen der Corona-Pandemie in zwei Teilen im Ratssaal. Für einen musikalischen Rahmen sorgten Freya Deiting (Violine) und Buck

Wolters (Gitarre).

Mit der Silbermedaille der Stadt Bergkamen wurden ausgezeichnet

Dieter Heuer

Engagement im sozialen Bereich

1.Vorsitzender des Schützenvereins Oberaden 1817 e. V.

Gabriele Welzel

Engagement im sozialen Bereich

Organisatorin des Frauenfrühstücks



Ehrung engagierter Bürgerinnen und Bürger 2. Teil.

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Bergkamen

Name	Verein/Institution
Hermann Antoniewicz	KAB St. Elisabeth Bergkamen
Monika Bluhm	TuRa Abt. Turnen u. Leichtathletik
Ulrike Czeranka	TuRa Abt. Turnen u. Leichtathletik
Inge Einacker	KAB St. Elisabeth Bergkamen
Markus Franck	SuS Rünthe 08 e. V.
Marion Heil-Klute	Schützenverein Oberaden 1817 e. V.
Sylke Jütte	Wasserfreunde TuRa Bergkamen
Reiner Knickmeier	SuS Rünthe 08 e. V.
Rüdiger Kroll	TC Bergkamen-Weddinghofen
Magdalene Labbé	Caritas-Konferenz St. Elisabeth
Wolfgang Maurischat	Schützenverein Oberaden 1817 e. V.
Kurt Meyer	HC TuRa Bergkamen e. V.
Christa Möhring	Caritas-Konferenz St. Elisabeth
Helmut Nadolski	FC TuRa Bergkamen
Gerhard Prenneis	KAB St. Elisabeth Bergkamen
Alexandra Pütz	TuRa Abt. Turnen u. Leichtathletik
Ludwig Quabeck	KAB St. Elisabeth Bergkamen
Maria Quabeck	KAB St. Elisabeth Bergkamen
Gerhard Schnock	Schützenverein Oberaden 1817 e. V.
Maria Steinhof	KAB St. Elisabeth Bergkamen
Susanne Vestweber	TuS Weddinghofen 1959 e. V.

Imke Vogt

TuRa Abt. Turnen u.
Leichtathletik



Freya Deiting und Buck Wolters sorgten für den musikalischen Rahmen.

Verleihung der Ehrenamtskarte NRW der Stadt Bergkamen

Name	Verein/Institution
Simon Günther	Martin-Luther-Kirchengemeinde
Sonja Fuchs	VfK Rünthe 55 Boxsport e. V.
Sandra Greilich	Föderation Europäischer Narren FEN- Deutschland e.V.
Stefanie Steube	Wasserfreunde TuRa Bergkamen
Dirk Urbanczyk	TC Bergkamen-Weddinghofen
Renate Hebgen	SuS Oberaden
Barbara Littwin	SuS Oberaden
Helmut Nadolski	FC TuRa Bergkamen

Magdalena Pasbrich	FC TuRa Bergkamen
Karin Schweiger	Sozialverband VdK 0V Bergkamen
Christel Klein	Martin-Luther-Kirchengemeinde

**Nachwuchs-Betriebsräte
gesucht: Bis Ende November
laufen die Wahlen für die
Jugend- und
Auszubildendenvertretungen
(JAV)**



Offenes Ohr: Azubi-Vertreter setzen sich für junge Beschäftigte im Betrieb ein. In der Corona-Pandemie gerieten ihre Belange häufiger unter die Räder, warnt die NGG. Foto:: NGG

Ab Oktober können sich Azubis und junge Beschäftigte im Kreis Unna zu „Nachwuchs-Betriebsräten“ wählen lassen. Darauf weist die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hin. Noch bis Ende November laufen die Wahlen für die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV). „Gerade in Krisenzeiten ist es wichtig, dass Berufsstarter ihre Stimme abgeben, damit ihre Belange nicht unter die Räder kommen“, sagt Torsten Gebehart. Der NGG-Geschäftsführer appelliert an junge Beschäftigte, sich selbst zur Wahl zu stellen. Aus den Azubi-Vertretern von heute würden häufig die Betriebsräte von morgen.

Nach Beobachtung der Gewerkschaft nehmen die Beschwerden junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zu. „So berichtet etwa ein angehender Mechatroniker im Lebensmittelwerk, dass im Lockdown die

Ausbilder wegen verschobener Schichten kaum greifbar waren und interner Unterricht lange ausfiel. Das ist ein klassisches Thema für die JAV und den Betriebsrat, denn Ausbildungsbetriebe müssen sicherstellen, dass Azubis entsprechende Schulungen bekommen und nicht in den Regelbetrieb eingebunden werden“, betont Gebehart. Gemeinsam mit dem Betriebsrat setzten die JAV-Mitglieder die Interessen junger Beschäftigter durch. Dies sei gerade auch dann entscheidend, wenn sich Berufsstarter nicht trauten, Missstände selbst anzusprechen.

Unterstützung für die Kandidatinnen und Kandidaten bietet die NGG vor Ort. Nach der Wahl können sich die „Nachwuchs-Betriebsräte“ bei der Gewerkschaft durch Seminare „fit halten“, so Gebehart. Die laufenden JAV-Wahlen seien zugleich ein Testlauf für die Betriebsratswahlen 2022. „Jetzt wird geprobt, wie eine Abstimmung unter Pandemie-Bedingungen laufen muss. Corona könnte uns noch Jahre beschäftigen.“ Alle Infos rund um die Wahl gibt es im Netz unter www.jav-portal.de und bei der Jungen NGG in Nordrhein-Westfalen unter <https://nrw.ngg.net/junge-ngg>.

Nach Angaben der Arbeitsagentur gibt es im Kreis Unna aktuell rund 7.600 Auszubildende. Eine Interessenvertretung kann wählen, wer in einem Betrieb arbeitet, der mindestens fünf Jugendliche oder Azubis und bereits einen Betriebsrat hat. Stimmberechtigt sind alle Beschäftigten unter 18 Jahren – ebenso wie Mitarbeiter unter 25, die eine Ausbildung machen.

Arbeitsagentur

meldet

deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit im September

Im Kreis Unna sank der Bestand an gemeldeten Arbeitslosen im Vergleich zum Vormonat um 514 auf 17.031. Im Vergleich zu September 2019 stieg die Arbeitslosigkeit um 2.912 (+20,6 Prozent) an. Die Arbeitslosenquote reduzierte sich um 0,2 Punkte auf 8,0 Prozent. Vor einem Jahr betrug sie 6,6 Prozent. In Bergkamen ist die Zahl der Arbeitslosen um 80 auf 2529 zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote liegt hier bei 9,7 Prozent gegenüber 10 Prozent im August.

„Erstmals seit Ausbruch der Pandemie und nach fünf Monaten steigender Arbeitslosenzahlen hat die Arbeitslosigkeit im Kreis Unna im September nun wieder abgenommen, und zwar deutlich“, resümiert Agenturchef Thomas Helm die Entwicklung der vergangenen vier Wochen. Dabei betont er: „Dieser Trend erreicht viele Personengruppen, Langzeitarbeitslose konnten jedoch bisher nicht davon profitieren. Dennoch zeigt sich Thomas Helm optimistisch: Der Arbeitsmarkt folgt auch trotz andauernder Ausnahmesituation den üblichen saisonalen Gesetzen.“

Laut Helm wird dies mit einem Blick auf die Stellenseite noch deutlicher: „Wir haben es wieder mit steigenden Stellenmeldungen und steigendem Stellenbestand zu tun – Arbeitgeber blicken nicht mehr so pessimistisch und ängstlich in die Zukunft, sondern versuchen, ihre Stellung am Markt wieder neu zu behaupten.“ Entsprechend appelliert der Arbeitsmarktexperte an Arbeitslose, Beschäftigte und Arbeitgeber, der lebenslangen Qualifizierung einen hohen Stellenwert beizumessen: „Corona zeigt uns, wie schnell sich Branchen, Betriebskonzepte und damit Erwerbsbiografien verändern können. Ein erlernter Beruf ist wichtig, reicht aber in aller Regel nicht mehr für ein Erwerbsleben aus. Umso wichtiger ist, sich innerhalb des eigenen Berufs

kontinuierlich weiterzubilden oder sich alternativ neue Tätigkeitsfelder zu erschließen, um entsprechend abgesichert zu sein vor arbeitsmarktlichen Veränderungen.“ Der Arbeitsagentur stünden verschiedene Möglichkeiten zur Förderung von Qualifizierungen zur Verfügung.

Entwicklung in den zehn Kommunen des Kreises

Während die Arbeitslosigkeit im vergangenen Monat in Selm bei 976 stagnierte, reduzierte sie sich in allen anderen Kommunen des Kreises Unna. Den höchsten Rückgang verzeichnete Holzwickede (-6,9 Prozent bzw. 41 auf 552). Danach folgen Unna (-6,2 Prozent bzw. 145 auf 2.178), Schwerte (-3,6 Prozent bzw. 62 auf 1.658), Kamen (-3,4 Prozent bzw. 67 auf 1.919), Werne (-3,2 Prozent bzw. 30 auf 899), Bergkamen (-3,1 Prozent bzw. 80 auf 2.529), Bönen (-2,5 Prozent bzw. 20 auf 769), Lünen (-1,2 Prozent bzw. 62 auf 4.916) und Fröndenberg (-1,1 Prozent bzw. sieben auf 635).

AWO stellt Weichen für die kommenden vier Jahre

Unter dem Motto „Kein Millimeter nach rechts“ hat der Bezirksverband Westliches Westfalen der Arbeiterwohlfahrt am vergangenen Samstag, den 26.09., seine Bezirkskonferenz abgehalten. In der Stadthalle Kamen versammelten sich 109 Delegierte, um die politischen und personellen Weichen des Bezirksverbandes für die kommenden vier Jahre neu zu stellen. Sie bestätigten den Vorsitzenden Michael Scheffler (Kreisverband Märkischer Kreis) im Amt. Zu seinen Stellvertretern wurden Christian Bugzel, Vorsitzender des Unterbezirks Münsterland-Recklinghausen und Anja Butschkau MdL, Vorsitzende des Unterbezirks Dortmund, gewählt. Aus dem

Unterbezirk Ruhr-Lippe-Ems wurden Wolfgang Rickert und als Revisor Marc Herter MdL in den neuen Vorstand gewählt.

Bedingt durch die Corona-Pandemie waren Hygiene- und Abstandsregeln erforderlich. Auch die Zahl der Delegierten wurde präventiv von 299 auf 109 herunterkorrigiert, um das Ansteckungsrisiko so gering wie möglich zu halten.

In seiner Rede betonte der alte und neue Vorsitzende Michael Scheffler noch einmal die Solidarität, die den Verband während der andauernden Krise erreichte: „Als die Seniorenzentren geschlossen wurden, hat es viel Unterstützung von außen gegeben: Ehrenamtliche haben tausende Schutzmasken genäht – eine Initiative an der sich alle Kreisverbände und viele Ortsvereine beteiligt haben.“. Mit Blick auf die Ergebnisse der Kommunalwahlen und dem Motto „Kein Millimeter nach rechts“ betonte Scheffler auch das schlechte Abschneiden von Rechtspopulisten und rechtsradikalen Splitterparteien bei der Kommunalwahl. Mit Hinblick auf das Verbot von Reichskriegsflaggen im Land Bremen forderte Scheffler ein solches Verbot auch von Innenminister Reul in Nordrhein-Westfalen.

Zu Gast waren Elke Kappen, Bürgermeisterin der Stadt Kamen, Wolfgang Stadler, Vorsitzender des AWO Bundesverbands und Michael Groß, Mitglied des Bundestags und Vorsitzender der AWO Parlamentariergruppe. Nach den Grußworten stimmten die Delegierten über die Anträge ab und legten damit die politischen Positionen des Bezirksverbandes fest.

Alleinerziehende und den offenen Ganzttag stärken

Von der Landesregierung in NRW forderten die Delegierten, mehr auf die Belange von Alleinerziehenden einzugehen. So sollen unter anderem der Abbau von Bürokratie bei der Beantragung von familienbezogenen Unterstützungsleistungen und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Alleinerziehende verbessert werden. Zu einer wesentlichen Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt trägt bei Alleinerziehenden auch die Offene Ganztags Schule bei.

Gerade für Grundschulen fordert der Bezirksverband eine bessere Ausstattung und finanzielle Aufstockung, um die OGS mit mehr Plätzen und in gleichbleibender Qualität ausbauen zu können.

Gute Pflege als Hauptaugenmerk

Während der Hochphase der Corona-Krise ist zum wiederholten Mal klar geworden, wie essenziell die Arbeit des Pflegepersonals ist. Die AWO in NRW zahlt ihren Beschäftigten schon lange ein Gehalt nach Tarif. Die Forderungen nach einer flächendeckenden tariflichen Zahlung, besseren Arbeitszeiten und einer Attraktivitätssteigerung des Berufs durch die Politik bekräftigten die Delegierten auf der Konferenz.

Kinder- und Jugendschutz wird konkret

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen hat bei der AWO im westlichen Westfalen oberste Priorität. Als Träger von Kitas, OGS, Jugendtreffpunkten und vielen weiteren Einrichtungen ist die Einführung eines Kinderschutzkonzeptes essenziell. Ein solches Konzept wurde in den vergangenen Jahren erarbeitet und soll nun auch verpflichtend in den einzelnen Einrichtungen umgesetzt werden. Zusätzlich forderten die Delegierten, die Jugendämter weiter und besser zu unterstützen, auch finanziell.

Kindergrundsicherung einführen

Die Delegierten schlossen sich den Forderungen des Bündnisses Kindergrundsicherung an und unterstützen das Anliegen nach einer einkommensabhängigen Grundsicherung für Kinder. Damit soll dem Trend steigender Kinderarmut in NRW einhaltgeboten werden. „Die AWO spricht sich für eine Kindergrundsicherung aus, die transparent, zielgerichtet und möglichst aus einer Hand ohne Anrechnung auf den Leistungsbezug den Familien zu Gute kommt.“, heißt es im Antrag.

Gründung einer Landesarmutskonferenz in NRW

Gemeinsam mit den AWO Bezirksverbänden Niederrhein, Mittelrhein und Ostwestfalen-Lippe will sich der

Bezirksverband Westliches Westfalen in der LAG AWO NRW für die Schaffung einer Landesarmutskonferenz in NRW einsetzten. Grund dafür ist vor allem das immer noch hohe Armutsrisiko in Nordrhein-Westfalen.

Geschlechtergerechtigkeit und Vielfaltsbewusstsein leben

In der Gesellschaft tritt die AWO gegen viele Formen der Ungleichbehandlung ein. Diesen Anspruch will der Verband vorleben und somit ein geschlechtersensibles und diskriminierungsfreies Umfeld, auch im Betrieb, schaffen. Dies solle durch die Schaffung einer sensibleren Unternehmens- und Führungskultur sowie einer transparenten Kommunikation realisiert werden, forderten die Delegierten.

Öffentlicher Dienst – Warnstreik am Dienstag bei der VKU

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) in Westfalen ruft auch in dieser Woche wieder Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zu ganztägigen betriebsnahen Warnstreiks auf. Betroffen ist davon am Dienstag auch die VKU.

„Die Beschäftigten zeigen deutlich, dass sie auch in der aktuellen Krise bereit sind, sich für ihre Interessen einzusetzen. Trotzdem gehen wir die Warnstreiks maßvoll an und halten vorgeschriebene Sicherheitsmaßnahmen ein. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst. Zeitgleich gehen wir davon aus, dass sich die Maßnahmen in der nächsten Zeit noch intensivieren werden“, erklärte Gabriele Schmidt, Landesleiterin von ver.di NRW.

Michael Kötzing, Bezirksgeschäftsführer von ver.di Westfalen ergänzt: „Wir wollten diese Tarifrunde mitten in der Pandemie nicht, wir wollten die Verhandlungen auf die Zeit nach Corona verschieben. Die öffentlichen Arbeitgeber wollen es aber genau jetzt. Sie sind der Auffassung, dieser Zeitpunkt stärkt ihre Verhandlungsposition. Wir finden dieses Verhalten verantwortungslos. Verantwortungslos gegenüber den eigenen Beschäftigten und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Denn die Konsequenzen von Warnstreiks bekommt im öffentlichen Dienst nun mal immer der Bürger zu spüren und nicht die Verantwortlichen in der Politik selbst. Das genau ist das Kalkül der Arbeitgeber. Für uns sind die Warnstreiks jetzt alternativlos, denn Tarifverhandlungen ohne das Druckmittel des Streiks sind nicht mehr als kollektives Betteln. Die Verantwortung liegt vor allem bei den kommunalen Arbeitgeberverbänden, diese Situation hätte man durch ein verhandlungsfähiges Angebot in den ersten beiden Verhandlungsrunden abwenden können, wenn man gewollt hätte.“

ver.di fordert für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen eine Anhebung der Einkommen um 4,8 Prozent, mindestens aber 150 Euro pro Monat, bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Die Ausbildungsvergütungen und Praktikantenentgelte sollen um 100 Euro pro Monat angehoben werden. Erwartet wird zudem die Ost-West-Angleichung der Arbeitszeit. Darüber hinaus soll in den Tarifverhandlungen das Thema der Entlastung der Beschäftigten behandelt werden. Die besonderen Themen des Gesundheitswesens und der Pflege werden an einem eigenen Tisch im Rahmen der Tarifrunde besprochen. Die dritte Runde der Verhandlungen ist für den 22./23. Oktober 2020 erneut in Potsdam angesetzt.

Mario Unger als Vorsitzender der IG BCE Weddinghofen einstimmig bestätigt



Mario Unger wurde einstimmig im Amt des Vorsitzenden des IG BCE Weddinghofen bestätigt.

Die IG BCE-Ortsgruppe Weddinghofen hat am Samstag einen neuen Vorstand gewählt. Als Vorsitzender wurde Mario Unger im Amt bestätigt. Sein Stellvertreter ist Reinhard Schmidt.

Hier die weiteren Vorstandmitglieder, die jeweils einstimmig gewählt wurden: Kassierer Horst Wolgast, Schriftführer Peter Wenzel, Bildungsobmann Raimund Mottog, Beisitzer Achim Knopp, Manfred Müller, Frank Gatz, Herbert Engeldinger und Jörg Plewka. Revisoren sind Jupp Schnatmann und Jochen

Trockenbrodt. Mario Unger wurde als Delegierter zur Bezirksdelegiertenkonferenz gewählt, Horst Wolgast als Ersatzdelegierter.

Der Vorsitzende Mario Unger gab den Bericht für den Vorstand ab. Die Ortsgruppe hat 395 Mitglieder. 2/3 davon sind Rentner und 1/3 Aktive (Hauptsächlich sind sie bei der RAGAG, Bayer und 3M beschäftigt)

Die Mitglieder, insofern sie knappschaftlich versichert sind, werden von zwei Versichertenältesten, die dem Ortsgruppenvorstand angehören, Horst Wolgast und Herbert Engeldinger, sozial- und rentenversicherungstechnisch beraten und betreut. Die Sprechstundenzeiten finden in der Zeit von 16.00 Uhr – 18.00 Uhr und Freitags von 15.00 Uhr – 17.00 Uhr im Büro des Ortsvorstehers (Albert Schweitzer – Schule, Schulstraße in Weddinghofen) statt.

Aufgrund der Coronalage konnten viele Veranstaltungen, wie der Klönabend, politische Frührschoppen, Skatturnier und Jubilarfeier nicht durchgeführt werden. Überhaupt waren Zusammenkünfte nicht möglich. Dennoch konnte man vielen Kolleginnen und Kollegen telefonisch Hilfe anbieten, was man auch weiterhin durchführen wird. Die Versammlung wurde darauf aufmerksam gemacht, dass am 20. Februar 2021 die Gedenkfeier anlässlich des Grubenunglücks auf Grimberg 3/4 vor 75 Jahren stattfindet.

VKU beim Warnstreik am kommenden Dienstag betroffen

Für Dienstag, den 29. September 2020, ruft die Gewerkschaft ver.di die Beschäftigten der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna

zu einem ganztägigen Warnstreik auf. Im Kreis Unna müssen Fahrgäste deshalb mit erheblichen Einschränkungen im Linien- und Schülerverkehr der VKU rechnen.

Die VKU erarbeitet derzeit eine Liste aller Fahrten, die trotz des Streiks stattfinden werden. Einzelheiten und Informationen werden so bald wie möglich über die VKU Webseite unter www.vku-online.de bekannt gegeben.

Im bundesweiten Tarifkonflikt um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wird die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) am Dienstag, dem 29. September 2020, den Druck auf die Arbeitgeber mit einem bundesweiten Warnstreik erhöhen. Hintergrund ist, dass die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) abgelehnt hat, mit der Gewerkschaft in Verhandlungen einzutreten.

ver.di fordert in dem Tarifkonflikt für bundesweit 87.000 Beschäftigte Regelungen zur Nachwuchsförderung und zur Entlastung der Beschäftigten. In dem bundesweiten Rahmentarifvertrag soll zudem die Ungleichbehandlung in den Bundesländern beendet werden. Konkret geht es dabei um zentrale Regelungen wie 30 Urlaubstage oder Sonderzahlungen. Mit einer Forderung für Auszubildende sollen Anreize zum Einstieg in den Beruf und zur Nachwuchsförderung geschaffen werden. Seit März fordert die Gewerkschaft hierzu die Verhandlung eines bundesweiten Rahmentarifvertrages. Am Wochenende hatte sich die VKA gegen die Aufnahme von Verhandlungen ausgesprochen.

Der ÖPNV befindet sich bundesweit in einer schwierigen Situation.

Nach 20 Jahren Sparkurs auf dem Rücken der Beschäftigten sind die Grenzen der Belastbarkeit erreicht“, betont die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle. „Mit unseren Forderungen haben wir Vorschläge geliefert, wie sich die drängenden Fragen von Entlastung und Nachwuchsförderung

lösen lassen. Dass die Arbeitgeber nicht einmal zu einer Verhandlung bereit sind, verhöhnt die Beschäftigten und torpediert jede Bemühung, eine Verkehrswende zu erreichen. Uns bleibt daher nur der Warnstreik, um ein deutliches Signal zu senden, wie ernst die Lage ist.“

Behle wies darauf hin, dass trotz steigender Fahrgastzahlen in den letzten 20 Jahren 15.000 Stellen abgebaut wurden. Folgen seien hohe Krankheitsquoten in den Betrieben und fehlender Nachwuchs. In den Ballungsräumen seien Busse und Bahnen überfüllt, in ländlichen Regionen fehlten oftmals die Busfahrerinnen und Busfahrer und die Finanzierung, um viel mehr als eine Grundversorgung zu gewährleisten.

Aufgrund dieser schwierigen Situation und der Verweigerungshaltung der Arbeitgeber, mit ver.di in Verhandlungen einzutreten, müsse nun zu Warnstreiks aufgerufen werden. Daher werde es am kommenden Dienstag, dem 29. September bundesweit zu Arbeitsniederlegungen im Öffentlichen Personennahverkehr kommen. Es sei bundesweit mit massiven Beeinträchtigungen im Nahverkehr zu rechnen.

ver.di bedauere die Einschränkungen für die Fahrgäste sehr, so die Gewerkschafterin. Ein guter Tarifvertrag käme allerdings sowohl den Beschäftigten als auch den Fahrgästen zu Gute.

Im Tarifkonflikt mit bundesweit 130 ÖPNV-Unternehmen fordert die Gewerkschaft seit dem Frühjahr die Verhandlung eines bundesweiten Rahmentarifvertrages. Nach langer interner Diskussion hat sich die VKA nun gegen Verhandlungen ausgesprochen. ver.di fordert für die 87.000 Beschäftigten Entlastung und angemessenen Ausgleich für unvermeidbare Belastungen. Zudem soll die Ungleichbehandlung in den Bundesländern beendet werden. Darüber hinaus werden in den einzelnen Bundesländern weitere Forderungen aufgestellt. Diese werden separat mit den regionalen Kommunalen Arbeitgeberverbänden (KAV) in den Bundesländern verhandelt. Erste Verhandlungsrunden in den vergangenen Wochen in den

Bundesländern blieben ohne Ergebnis.

Telefonische Auskunft zum Fahrplan erteilt die kreisweite Servicezentrale fahrtwind unter 0 180 6 / 50 40 30 (personenbediente Fahrplanauskunft, pro Verbindung: Festnetz 20 ct / mobil max. 60 ct).

Multikulturelles Forum bietet Betrieben mit offenen Stellen Unterstützung an



Mhamed Hadad an seinem Arbeitsplatz in der KiK-Zentrale in Bönen

Bild: Multikulturelles Forum (Donges)

Sein Schreibtisch befindet sich gleich neben der Warenannahme beim Textil-Discounter KiK in der Zentrale in Bönen. Von dort aus prüft Mhamed Hadad die eingehende Kleidung auf Maße, Optik und Gewicht. Weichen die Werte zu stark von der Norm ab, leitet er eine Reklamation ein. Wenn Mhamed Hadad seinen Arbeitsplatz beschreibt, wirkt er kompetent, aufgeweckt und auch ein wenig stolz. Seine Kollegen schätzen ihn, seien stets freundlich und ihm gegenüber sehr aufgeschlossen. „Ich fühle mich hier nicht als Ausländer“, fügt er noch hinzu.

Im August begann Mhamed Hadad seine Ausbildung zum Kaufmann für Büromanagement bei KiK. Noch keine fünf Jahre lebt der gebürtige Syrer in Kamen, und doch spricht er inzwischen nahezu fließend Deutsch. Vieles habe er sich selbst beigebracht, doch ohne die Unterstützung durch das Multikulturelle Forum in Bergkamen hätte er die vielen Herausforderungen nicht geschafft, erklärt Hadad. Zunächst besuchte er dort einen Sprachkurs, wurde aber frühzeitig auch in beruflicher Hinsicht beraten. „Wir haben ihm verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt und seine Kompetenzen gestärkt, beispielsweise indem wir ihm einen EDV-Kurs angeboten haben“, erklärt Angela Henze vom Multikulturellen Forum.

Anfang des Jahres begleitete sie ihn zu einem „Azubi-Speeddating“, wo Mhamed Hadad schließlich auf Kerstin Schmidt traf. Die Ausbildungsleiterin bei KiK erkannte sofort die Potenziale des jungen Mannes und lud ihn zu einem Vorstellungsgespräch in die Zentrale ein. „Formate wie das Speed-Dating ermöglichen es uns, Jugendlichen persönlich und auf Augenhöhe zu begegnen. Das ist oft viel aussagekräftiger als eine Broschüre über uns oder das Anschreiben eines Bewerbers“, erklärt Kerstin Schmidt.

Möglichkeiten wie diese gab es jedoch in den vergangenen Monaten wegen der Corona-Pandemie kaum. In der Folge ist die Lücke zwischen Betrieben mit offenen Lehrstellen und ausbildungssuchenden Menschen in diesem Jahr besonders groß. Dies bedauert auch Hatice Müller-Aras, Fachbereichsleiterin

beim Multikulturellen Forum: „Unsere Jugendlichen sind hoch motiviert und wollen unbedingt noch in diesem Jahr in eine Ausbildung starten. Deshalb laden wir Betriebe mit offenen Ausbildungsstellen ein, mit uns Kontakt aufzunehmen.“ Vermittelt werden Menschen mit unterschiedlichen Qualifikationen. Zudem unterstützt das Multikulturelle Forum Unternehmen bei verschiedenen Fördermöglichkeiten.